



Zürich, 27. Februar 2010

Wie sicher sind die Pensionskassen wirklich? Fall INCA-CGIL auch im italienischen Parlament besprochen

Der als INCA-CGIL Zürich bekannte Betrugsfall wurde am 17. Februar 2010 im italienischen Parlament besprochen. Der Parlamentarier Antonio Di Pietro, Parteipräsident von "Italia dei Valori" und ehemaliger führender Staatsanwalt im italienischen Korruptionsverfahren "Tangentopoli" der 90er Jahre, hat im Rahmen einer Fragestunde konkrete Massnahmen gefordert. "Diese etwa hundert italienischen Familien in der Schweiz haben einer Gewerkschaft vertraut, die sie schamlos betrogen hat", resümierte der Politiker.

Das Patronato INCA-CGIL (eine Hilfsorganisation der grössten italienischen Gewerkschaft CGIL für italienische Arbeitnehmer im Ausland) arbeitet in der Schweiz mit der Gewerkschaft UNIA zusammen und berät und unterstützt italienische Migrantinnen und Migranten. Seit mindestens 2002 veruntreute der Direktor der INCA-CGIL Zürich systematisch Pensionskassengelder mit gefälschten Unterschriften und Beglaubigungen des italienischen Konsulats. Die Migrantinnen und Migranten hatten sich beraten lassen, um die Auszahlung der Pensionskassenrente oder Freizügigkeitskonten in die Wege zu leiten. Anstatt aber eine Rente für die Betroffenen bei den Pensionskassen zu beantragen oder Freizügigkeitskonten korrekt im Sinne der Mandanten aufzulösen, wurde das gesamte Kapital auf ein auf INCA-CGIL lautendes Konto überwiesen. Den Betroffenen wurde monatlich eine fiktive Rente ausbezahlt, bis Anfang 2009 die Zahlungen aufhörten und der Betrug aufflog.

Leben am Existenzminimum

Heute müssen die Betroffenen am Existenzminimum und beispielsweise allein von der AHV-Altersrente leben. Die INCA-CGIL und ihre Präsidentin Rita Schiavi, die ebenfalls Mitglied der Geschäftsleitung der Schweizer UNIA ist, lehnen jegliche Verantwortung und finanzielle Unterstützung ab. Das schmerzt die Betroffenen besonders, ist sonst die UNIA immer an vorderster Front,



wenn es darum geht, das Verantwortungsbewusstsein der Verwaltungsratspräsidenten in der Privatwirtschaft einzufordern.

Etwa vierzig betroffene Familien haben ein Komitee – das CDF – gebildet und verlangen schnelle und unbürokratische Hilfe, denn es geht ganz konkret um das finanzielle Überleben. Das Ende der Strafuntersuchung ist noch nicht abzusehen und bis dahin muss anderweitig eine finanzielle Lösung gefunden werden.

Der Parlamentarier A. Di Pietro hat nun den Fall auch vor dem italienischen Parlament und dem entsprechenden Ministerium vorgetragen. Ziel ist es, den Betroffenen innert kürzester Zeit finanziell beizustehen.

Aber auch auf Schweizer Seite muss gehandelt werden

Die Art und Weise, wie über Jahre hinweg unbemerkt Gelder veruntreut werden konnten, lässt ebenfalls Fragen über die Sicherheit der Pensionskassengelder aufkommen. Vor allem im Zusammenhang mit der anstehenden Abstimmung empfinden die Betroffenen die Forderung nach einer "sicheren" Pensionskasse als Hohn, kann doch offensichtlich irgendjemand mit gefälschten Unterschriften Millionen von Pensionskassengeldern auf eigene Konti umleiten, ohne dass die involvierten Versicherungen und Banken direkt bei den Kontoinhabern nachfragen, ob die Überweisungen auch wirklich ihrem Willen entsprechen.

Der CDF setzt sich in der Schweiz und in Italien dafür ein, dass sämtliche offene Fragen geklärt werden und sowohl die INCA-CGIL als auch die Pensionskassen und Banken ihre Verantwortung wahrnehmen.

Das Komitee

Der CDF – Comitato Difesa Famiglie – ist ein Komitee, das vorwiegend von den Kindern der Betroffenen gegründet wurde. Sie setzen sich dafür ein, dass die ihren Eltern zustehenden Gelder ausbezahlt werden und die diversen involvierten Institutionen die nötige Verantwortung übernehmen.

Weitere Informationen: www.c-d-f.ch.

KONTAKT:

Marco Tommasini, Präsident Tel: 079 508 97 24 e-mail media@c-d-f.ch